

Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **32 (1952-1953)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die *«Times»* begrüßt in einem Leitartikel vom 8. Dezember die Schnelligkeit und Entschlossenheit, mit der General Eisenhower sein neues Kabinett gebildet hat, und kommentiert die Berufung eines demokratischen Gewerkschaftsführers zum Arbeitsminister: «Die Ernennung eines unentwegten Demokraten und Verfechters der Aufhebung des Taft-Hartley-Aktes ist das deutlichste Zeichen dafür, daß Eisenhower eine enge Auffassung der Parteiregierung ablehnt. Es ist seine Unabhängigkeitserklärung gegenüber der Parteimaschine, zu der das Wahlergebnis ihm das Recht gibt. Es ist eine Ermutigung derer, welche hoffen, daß die neue republikanische Verwaltung sich auf breiter Grundlage aufbauen und das Land einigen, nicht spalten will».

Die Richtlinien der italienischen Außenpolitik, die während der den Erneuerungswahlen in die Deputiertenkammer vorausgehenden Monate gelten sollten, werden von *Antonio Calvi* in einem *«Die Aktion Italiens»* betitelten Aufsatz in der Wochenschrift *«Il Mondo»* vom 6. Dezember kurz skizziert.

Europa wird demnach drei große Probleme in Angriff nehmen müssen: 1. Die Anpassung der Aufrüstungspläne an die effektiven, bilanzmäßig verfügbaren Mittel und an die sozialen Forderungen; 2. die Verwirklichung eines organischen, interatlantischen Systems ökonomischer und finanzieller Zusammenarbeit; 3. die aktive Mitarbeit Westdeutschlands in der westlichen Gemeinschaft durch die parlamentarische Ratifizierung des Vertrages für die europäische Verteidigungsgemeinschaft. Der Verfasser meint, daß vor dem nächsten Mai, d. h. vor den italienischen Wahlen, entscheidende Schritte in der Lösung der drei genannten Probleme getan sein werden. Welchen Beitrag kann die italienische Regierung an die Organisation der freien europäischen Gemeinschaft leisten? Auf dem Boden der interatlantischen ökonomischen Zusammenarbeit muß Italien eine mit den anderen Nationen gemeinsame Tätigkeit entfalten, damit aber die leidvolle Frage der überschüssigen Arbeitskräfte verbinden. Was die Integrierung Deutschlands in das westliche System und die damit verbundene europäische Politik betrifft, rät der Verfasser, obschon er die Regierung De Gasperis für ihre föderalistischen Bemühungen lobt, zu einer praktischeren und wirksameren Aktion, damit die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, wie zum Beispiel: die Verquickung des Problems der europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit anderen Problemen, dem der Saar und dem der übernationalen politischen Autorität. So wäre ein diplomatischer Schritt Italiens zu Gunsten der Ratifizierung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, wobei die Zusätze der interessierten Staaten zum Vertrag möglichst rasch in Übereinstimmung gebracht würden, viel nützlicher als die ewigen Einladungen der italienischen Regierung, auf europäischem Gebiet immer mehr zu tun und zu wollen.

Auch müßten, nach *Antonio Calvi*, die Beziehungen Italiens zu den Donau- und Balkanstaaten viel konkreter gestaltet werden, besonders jetzt, da im Rahmen der laufenden Revision der europäischen Verteidigungspläne Italien einen großen Trumpf ausspielen kann, nämlich die Übernahme einer besonderen und unersetzlichen Funktion in der Auswertung der seitlich der zentralen Rheinlinie liegenden Verteidigungslinien. Dies stellt eine der wesentlichsten Erkenntnisse dar, welche die NATO während der letzten Monate gewonnen hat.

So könnten die Lösung der Triester Frage, die Verständigung mit Jugoslawien und eine wahrscheinliche Zollunion mit Österreich die Folge einer derartigen politischen Richtlinie werden.

Das Verhältnis zwischen westlicher Welt und Ostblock ist das Thema einer grundsätzlichen Betrachtung, die von der in Zürich erscheinenden Zeitschrift «*Orientierung*» (Katholische Blätter für weltanschauliche Orientierung) in Nummer 17, unter der Überschrift «*Die reale Gefahr der Moskauer Machtpolitik*», veröffentlicht worden ist. Der klare und interessante Gedankengang des Autors, *Hans Schwann*, wird, kurz zusammengefaßt, wiedergegeben: Einleitend sagt der Verfasser, es gebe einen primitiven Antikommunismus, der alles und jedes mit einer unifizierenden Etikette beklebe und damit vom eigentlichen Schuldigen ablenke. Denn es gelte die wirkliche Gefahr zu erkennen, die weder durch diplomatischen Notenaustausch noch durch Verträge um ein Jota vermindert oder geändert werde. Die machtpolitische Gefahr des Kommunismus, der eine Faktor neben der geistigen Gefahr, habe mit der Entwaffnung Amerikas begonnen, ohne daß die Kommunisten ihr gefolgt seien. Die jüngsten Wiederbewaffnungsbestrebungen des Westens seien darauf gerichtet, ein machtpolitisches Gleichgewicht herzustellen. Falsch jedoch sei der Glaube, es lasse sich nach der Herstellung des Gleichgewichtes mit den Russen besser verhandeln, weil die Sowjets, aus ihrer materialistischen Gedankenwelt heraus, die westliche Welt tatsächlich nicht anzugreifen beabsichtigten. «Wenn Stalin immer wiederholt, ‚Wir wollen den Frieden‘, so ist das die Wahrheit», schreibt der Verfasser.

Ohne Krieg, den der Westen nicht wolle, werde an der Existenz der Sowjetunion, deren Gesamtkonzeption auf die Weltrevolution hin sich immer gleich geblieben sei, nichts geändert. So bleibe nur der Versuch, «eine weitere Ausbreitung der bisherigen kommunistischen Erfolge zu verhindern». Der kalte Krieg, der es dem Sowjetdiktator erlaube, unter dem Vorwand das gewaltige Aufbauwerk zu vervollständigen, aus Hunderten von Millionen Menschen noch mehr herauszupressen, sei für die Diktaturen eine wesentlich stärkere Waffe als für die Demokratie. Der Westen müsse auf die Dauer diesem kalten Krieg erliegen, wenn es ihm nicht gelinge, ihn «mit seiner gesammelten geistigen Kraft für das übergeordnete Ziel eines der christlichen Zivilisation würdigen Friedens» zu führen. Und schließlich, so folgert der Verfasser abschließend, werden die religiösen Kräfte und Reserven wichtiger sein als die militärischen.

Unter der Überschrift «*Die Krallen der Taube*» behandelt der «*Economist*» vom 6. Dezember das Prager Blutgericht und die Wiener «Friedens»-Konferenz. An den in Prag geschriebenen Roman Kafkas «*Der Prozeß*» erinnernd, nennt er die Prager Verhandlung «eine Travestie der Justiz, die bestialischer und absurder war als alles, was sich ein Romanschriftsteller hätte ausdenken können». Die Tatsache, daß elf der vierzehn Angeklagten Juden waren, veranlaßt das Blatt zu den folgenden Bemerkungen: «Die wahren Motive dieser gerichtlichen Farce sind fundamentalen Natur. So lange Revolutionen im dynamischen, flüssigen und schöpferischen Stadium sind, werden geistige Gaben geschätzt und Furchtlosigkeit des Geistes ist eine bevorzugte Waffe. Sobald aber der neue Staat ein totalitärer Monolith geworden, sobald die Bürokraten und politischen Bosse ihre Macht durch rücksichtslose Brutalität und das Gebot blinden Gehorsams konsolidiert haben, wird der frei ausgreifende Geist zum Keim der Gefahr. Revolutionen verschlingen ihre eigenen Kinder oder die Führer, denen sie ihre Entstehung verdanken; sie ermorden ihre Girondisten, ihre Radeks und Trotzki. Immer wieder haben die Juden Osteuropas das Erbe der Rebellion, aus welcher der Kommunismus entspringt, aufrechterhalten, aber jetzt ist das marxistische Paradies eingerichtet und diejenigen, die von der Frucht der Erkenntnis und der Freiheit gekostet haben, müssen ausgetilgt werden». Zur gleichen Zeit, wo die Kommunisten «einen weiteren Schritt zur Ermordung des Geistes vollendet haben», lassen sich Intellektuelle und Künstler des Westens für den von ihnen geplanten «Friedens»-Kongreß

eingangen. «Niemand verlangt, daß die Herren Sartre oder Picasso verhindert werden, nach Wien zu gehen... Die entscheidende Frage ist: welchen Gebrauch soll ein ehrlicher Mensch von einem solchen Ausflug machen? Wird einer dieser Intellektuellen und Künstler es wagen, ihre kommunistischen Gastgeber um eine präzise Antwort auf die Frage zu ersuchen, was in Prag vor sich gegangen ist? Wird einer von ihnen seinen hohen Rang in der Welt des Geistes dazu benutzen, offen von dem Umfang der Freiheit zu sprechen, die im Westen vorherrscht? Wenn ein Mann es fertig bringen würde, einen Zweifel wach zu rufen und darauf zu beharren, bis er von der Versammlung herausgeworfen wird, dann würde die Wiener Konferenz eine Existenzberechtigung haben».

Die österreichische Wochenzeitung «*Furche*» veröffentlichte in ihrer Nummer vom 13. Dezember den Brief ihres Herausgebers Dr. Friedrich Funder an den Präsidenten des «*Friedens*»-Kongresses, Joliot-Curie, dem wir folgende Sätze entnehmen: «... So lange die Sprache der Tatsachen so ganz anders lautet als die der Sprecher auf dem Experimentierfeld der Friedenskongresse, so lange dabei nur Garnituren, die keinerlei Rang und Einflüsse in der Führungselite der Ostwelt besitzen, vortreten, so lange ist der Christ gehalten, an das, was Wyschinski und andere Staatssprecher bei den Verhandlungen um den Staatsvertrag für Österreich und vor dem Weltforum der UNO sagen, und an das, was an den Christen und Katholiken, und nicht nur an ihnen, in der Ostwelt verbochen wird». ... «So heiß unsere Sehnsucht nach dem Frieden ist, vermögen wir nicht an einer Unternehmung teilzunehmen, der die autoritative Legitimation und tatsächliche Bestätigung mangelt».

Die in Belgrad erscheinende Zeitung «*Borba*» veröffentlichte in ihrer Nummer vom 13. Oktober 1952 einen Artikel von Vlado Markowic, der interessante Angaben über *Bulgariens Remilitarisierung* enthält (Originaltitel «*Dosso — rezervna armija Bugarske*»). Bulgarien besitzt heute eine Armee von rund 230 000 Mann, während ihm der Friedensvertrag von 1946 lediglich 65 000 Mann zugesteht. Neben der aktiven Armee besteht ein sogenannter Arbeitsdienst für Jugendliche, der bei einjähriger Dienstzeit mit dem Spaten auf Baustellen beginnt und mit der Waffe auf militärischen Übungsplätzen endet. Der Remilitarisierung Bulgariens dient ferner die freiwillige Verteidigungsorganisation DOSSO, in der verschiedene frühere Organisationen, unter der Leitung eines aktiven Generalleutnants der bulgarischen Armee, zusammengeschlossen wurden und die sich reger Förderung der Partei und des Sicherheitsdienstes erfreut. Die Organisation DOSSO soll die militärische und technische Ausbildung der Jugend sicherstellen und breitesten Schichten der Bevölkerung militärisches und militär-technisches Wissen vermitteln. Ihre Sektionen führen Kriegsspiele durch. Offiziere der Armee und der Polizei leiten die obligatorischen Schießübungen für Schulpflichtige und Jugendliche. Die Ausbildung erfolgt an Gewehren, Handgranaten und am russischen Maschinengewehr. Theoretische und praktische Kurse über Motorflug werden auf den Flugplätzen von Luftwaffenoffizieren geleitet.

Die politisch zuverlässigsten DOSSO-Mitglieder dienen den bulgarischen Polizeiorganen gleichzeitig als Helfer bei der Terrorisierung und Ausplünderung des bulgarischen Volkes. An der Grenze gegen Jugoslawien unterstützen bewaffnete Gruppen der DOSSO die bulgarische Polizei und Grenzwacht bei der Inszenierung von Grenzzwischenfällen; sie sollen auch die Flucht aus dem Lande verhindern.

In Nummer 20/1952 des «*Europa-Archiv*» (Oberursel im Taunus) veröffentlicht Dr. Franz Hubert Demes einen interessanten Bericht über Ziele und erste Ergebnisse des «*Colombo-Planes zur gemeinsamen Entwicklung der Wirtschaft in*

Süd- und Südostasien», den die Konferenz der Commonwealth-Außenminister zu Colombo im Januar 1950 gefaßt hatte. Der berühmte «Punkt 4» aus dem Regierungsprogramm des Präsidenten Truman (Antrittsrede vom 20. Februar 1949) war dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Notwendigkeit einer Erschließung von «underdeveloped areas» zu lenken, die einer weiteren Expansion des Kommunismus durch die Hebung des Lebensstandes in den betroffenen Gebieten einen Riegel vorschieben und neue Absatzmärkte für die alten Industrieländer der Erde eröffnen sollte. Seitdem ist die regionale Wirtschaftsplanung solcher Art nicht zum Stillstand gekommen. Demes beklagt es, daß der in gleicher Richtung vorstoßende Colombo-Plan bisher in Europa zu geringe Beachtung gefunden habe, obwohl er sich in der Kühnheit seiner Konzeption sehr wohl mit Marshall- und Schumanplan messen könnte.

Auch er verfolgt den Zweck, das Los von fast 600 Millionen Menschen in Süd- und Südostasien (und zwar in Ceylon, Indien, Pakistan, im Malayischen Staatenbund, in Singapore, Sarawak, Nordborneo, Vietnam, Burma, Kambodscha, Laos und Nepal) zu bessern, um sie gegen kommunistische Infiltration widerstandsfähig zu machen, und die bisher ausschließliche Monokultur ihres Landes durch modernere Arbeitsmethoden zu ersetzen. Ein derartiges Ergebnis sucht der Colombo-Plan durch technische Beratung und Hilfeleistung neben einem massierten Kapitaleinsatz (von 1951 bis 1957 1,868 Milliarden Pfund) zu erreichen. Mit dem Schwergewicht auf der Entwicklung der Landwirtschaft sollen 34% der Gesamtsumme für Transport und Verkehr, 32% für Bodenverbesserung und Wasserwirtschaft, der letzte Drittel für das Gesundheitswesen, die Industrie und Stromerzeugung verausgabt werden.

Für den an diesen asiatischen Regionen interessierten Europäer ist es wertvoll, die genauen Angaben von Demes über die bisher erzielten Fortschritte in den Entwicklungsprogrammen der einzelnen Länder zu verfolgen. Daß die gegenwärtige politische Lage in Ostasien der Wiederbewaffnung zur Abwehr der Bedrohung namentlich von Indochina, Malaya und Burma durch kommunistische Armeen den Vorrang verschafft, darauf verweist Demes zum Ausklang seines Berichtes mit einem Zitat aus dem britischen «Economist» vom 10. Mai 1952: «Aber die Aufgabe des Colombo-Planes» — so endet das Zitat und die lesenswerte Arbeit von Demes — «ist es, die Fundamente für den künftigen Aufbau zu legen».

Die Wochenzeitung «*Rheinischer Merkur*» brachte in ihrer Nummer vom 12. Dezember unter dem Titel «*Die unsichtbare Hand*» eine Besprechung des neuesten Buches von Hayek, «*Individualismus und wissenschaftliche Ordnung*» aus der Feder von Dr. Volkmar Muthesius. Wir lesen darin: «Die ‚unsichtbare Hand‘ als ein Symbol des Glaubens an eine gleichsam übermenschliche Vernunft ist der diametrale Gegensatz zu jener Hybris, die alles wirtschaftliche und soziale Geschehen durch ‚Planung‘ beherrschen will, Planung nicht des Individuums, sondern durch den Plan des Staates und seiner Funktionäre, durch eine Konzeption, die letztlich ja gerade in der Niederwalzung der individuellen Pläne besteht. Das ist intellektueller Übermut, und noch dazu ein Übermut, der sich nur mit brutaler Gewalt realisieren kann — und in dieser Konstellation liegt der Grund dafür, daß der falsche Individualismus, die Überspitzung des Rationalismus in den politischen Totalitarismus führt. Der echte Individualismus dagegen glaubt — nach Hayek —, daß die Menschen, wenn ihnen ihr freies Handeln unbenommen bleibt, oft Höheres zustande bringen, als ein Einzelverstand planen oder voraussehen könnte...».